

Kantonsratssitzung vom 30. September 2010

Traktandum 8: Kantonsratsbeschluss betreffend Kommission für Chancengleichheit von Frau und Mann (1904.1-7).

*Anrede*

Die CVP-Fraktion spricht sich mehrheitlich für Eintreten auf die Vorlage aus und unterstützt in der Detailberatung die regierungsrätliche Variante. Damit steht die CVP unmissverständlich zum Grundsatz und zur Förderung der Chancengleichheit von Mann und Frau, was unter anderem von unserer Kantonsverfassung gefordert wird.

Man kann einwenden, dass mit einer Frauenmehrheit im Bundesrat, in einer Zeit, wo die Türen der Gymnasien für junge Frauen weit offener stehen als für junge Männer, in einer Gesellschaft, in der sich die Grossmütter offensichtlich mehr für die politische Forderung der Chancengleichheit von Frauen interessieren als ihre Enkelinnen, in einem Jahr, in dem zwei bürgerliche Parteien ohne Frauenkandidaturen in den Regierungswahlkampf steigen können, ohne davon Nachteile zu erwarten, dass sich in einer solchen Zeit dieses Thema überlebt, beziehungsweise sich die Forderungen weitgehend erfüllt haben. Der klassische Kampf für die Emanzipation der Frauen interessiert heute nur mehr wenige. Dies ist zweifellos auch eine Errungenschaft unserer Gesellschaft. Aber rechtfertigt diese Feststellung tatsächlich die Aufhebung des staatlichen Auftrags in der Frage der Chancengleichheit von Mann und Frau?

Wir sind der Meinung, dass es eine der zentralen Aufgaben des demokratischen Staates sein, Ungleichbehandlungen zu beseitigen. Lassen Sie mich ein paar Beispiele nennen. Solange Buben in der Schule nicht die gleichen Chancen auf Erfolg haben wie Mädchen, muss dies den Staat interessieren. Kulturell bedingte Frauen- und Männerrollen in Immigrantengruppen führen in unserer Gesellschaft zu Konflikten, die ich an dieser Stelle nicht weiter ausführen muss. Es ist fragwürdig, ob es den Kindern dient, wenn immer noch die grosse Mehrheit der Scheidungskinder praktisch nur bei der Mutter aufwächst. Unsere Arbeitswelt verschenkt Talente, wenn fast nur Männer Ofenbauer, Bäcker, Ingenieure und Professoren werden beziehungsweise fast nur Frauen Berufe in der Pflege, im Bildungs- und im Sozialwesen wählen. Beim Zuger Gewerbeverband oder beim Verband der Schweizerischen Maschinenindustrie hat man dies längst erkannt und führt dazu seit einigen Jahren eine Reihe von Projekten durch. Die Förderung der Chancengleichheit von Mann und Frau ist auch Familienpolitik. Es liegt in unserem Interesse, wenn junge Frauen in Zukunft weiterhin bereit sind, Kinder zu haben. Es gibt also genügend konkrete Gründe, dass sich unser Kanton weiterhin mit der Chancengleichheit befassen soll.

Zweifellos steht es auch unserer modernen Zuger Gesellschaft und der Reputation unseres Wirtschaftsstandorts gut an, wenn die Chancengleichheit im Kanton Zug hohe Standards erfüllt.

Die Gesellschaft zu verändern, kann nicht Aufgabe einer staatlichen Fachkommission sein. Politische Anliegen müssen von den gesellschaftspolitischen Instanzen wie etwa

dem Parlament erkämpft werden. Es ist deshalb aus unserer Sicht auch richtig, wenn eingewendet wird, dass die politische Auseinandersetzung über Fragen der Chancengleichheit keiner Kommission delegiert werden darf, sondern letztlich eine gesellschaftspolitische Frage ist.

Bei dieser Kommission geht es um keine staatlichen Gesinnungsdiktate. Es entspricht unserer liberalen Auffassung, dass es allen frei steht, ob sie eher ein traditionelles modernes oder ein unkonventionelles Leben führen wollen. So muss es auch den Familien überlassen werden, ob sie ein traditionelles Familienmodell oder ein anderes wählen. Diese Offenheit gilt in beide Richtungen. Möglicherweise war dieses liberale Gesellschafts- und Staatsverständnis Ursache für die Motion der FDP-Fraktion, welche vor fast genau fünfzehn Jahren eingereicht wurde und zur Schaffung der Gleichstellungskommission führte. Vertreter der liberalen Partei werden heute vielleicht argumentieren, dass sich die Welt verändert habe. Das trifft sicher zu, es ist aber ebenso zutreffend, dass sich auch das Verständnis des Liberalismus verändert hat.

Das vom Regierungsrat vorgeschlagene Modell einer Kommission für Chancengleichheit mit einem ständigen Sekretariat und einem jeweils jährlich beschlossenen Budget für die Aktionen ist schlank, pragmatisch und zielgerichtet zugleich. Auch wenn man zuweilen bei der Lektüre von Leserbriefen und zum Teil auch der regierungsrätlichen Vorlage ein anderes Bild haben könne; es geht bei dieser Kommission nicht um ideologisches Pathos, nicht um die Verteilung emanzipatorischer Moralkeulen, es geht um eine nüchterne Orientierung an realen Fragen der gleichen Chancen von Mann und Frau. Die bestehende Kommission hat dies unter der neuen Leitung erkannt und während der letzten zwei Jahre den richtigen Weg eingeschlagen. Die neue Kommission muss sich zudem nicht mehr hauptsächlich mit ihrer eigenen Rechtfertigung zu beschäftigen, sie kann Fachkompetenz aufbauen und kontinuierlich arbeiten. Dabei ist es von Vorteil, wenn diese Arbeit von einem verwaltungsexternen Gremium erfüllt wird. Uns Kantonsrätinnen und Kantonsräten bleibt als Steuerungselement das Budget, was uns weit mehr Möglichkeiten verschafft als das bisher der Fall war.

An dieser Stelle muss auch die vorberatende Kommission kritisiert werden. Sie hat es verpasst, ihrem eigentlichen Auftrag, ein Geschäft für den Kantonsrat vorzubereiten, nachzukommen. Was sollen wir mit dem Resultat dieser Kommission anfangen? Der Kommissionsbericht hat mehr Fragen aufgeworfen als Antworten geliefert. Was soll der Regierungsrat bei einer Ablehnung der Vorlage mit dem Verfassungsauftrag tun? Soll er weiterhin aus verschiedenen „Kässli“ relativ unkoordiniert Projekte die Förderung der Gleichstellung unterstützen, wie er dies schon bisher in problematischer Weise tat? Oder will die Kommission die Streichung des entsprechenden Artikels in der kantonalen Verfassung? Es ist zu wünschen, dass eine solche Kommissionsarbeit keine Schule macht.

Die CVP-Fraktion empfiehlt Ihnen Eintreten auf die Vorlage und in der Detailberatung Zustimmung zur regierungsrätlichen Vorlage.